

**UKRAINE**

Nach dem Sieg der Demokratiebewegung – Perspektive EU ?



SEITE 2

**DEMOKRATISIERUNG**

Welche Rolle spielt Europa im Nahen Osten?



SEITE 3

**GRENZÜBERSCHREITEND**

Wiener Konferenz zu Naturschutz und Schifffahrt auf der Donau



SEITE 4

# NACHBARSCHAFTEN IN EUROPA

## Aufbruch zu neuen Ufern

VON RALF FÜCKS

Die Europäische Union ist im Umbruch. Die Erweiterung um zehn neue Mitgliedsstaaten ist der Sprung in eine neue Qualität. Die Union überwindet damit die Ost-West-Spaltung Europas. Sie gewinnt an politischer und ökonomischer Potenz – aber zugleich wächst auch das wirtschaftliche und kulturelle Gefälle innerhalb der Gemeinschaft. Im Prozess der Erweiterung sind deshalb auch neue interne Verteilungskämpfe und politische Spannungen angelegt. Denn die Nationalstaaten mit ihren spezifischen Traditionen, politischen Orientierungen und Interessen lösen sich nicht einfach in die Europäische Union auf wie Würfelzucker in einem Glas Wasser. Sie übertragen einen Teil ihrer Souveränität auf die Union, und zugleich bleiben sie die dominanten Akteure innerhalb der Gemeinschaft. Deshalb spielt auch der Konflikt um Mehrheitsentscheidungen und um das Stimmengewicht der einzelnen Staaten in der Union eine so zentrale Rolle.

**Zwischen Erweiterung und Integration**

Umso wichtiger sind zwei große Projekte, die parallel zur Erweiterung angegangen wurden: Zum einen die Verständigung auf gemeinsame Ziele und Grundwerte; zum anderen die Reform der europäischen Institutionen, damit die erweiterte Union entscheidungs- und handlungsfähig bleibt. Dazu gehört auch eine Stärkung der Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments. Beides wurde im Verfassungsvertrag gebündelt, der noch von den Mitgliedsstaaten angenommen werden muss. In Frankreich, Großbritannien, Polen und einigen anderen Ländern fällt die Entscheidung in einem Referendum. Dabei sind die Reformen dringend nötig, damit der große Sprung nach vorn nicht in einer Lähmung der Europäischen Gemeinschaft endet, zumal die Neuverhandlung des Haushalts und der internen Finanzverteilung noch ins Haus steht.

Bisher entwickelte sich die Union ohne einen strategischen Plan. Man setzte einen Schritt vor den anderen und hielt die Frage der »Finalität« offen. Auch die Entscheidung, der Türkei die Türen für einen Beitritt



**EDITORIAL** von Michael Stognienko

Foto: dpa

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Feuerwerke, die in der Nacht zum 1. Mai 2004 die EU-Erweiterung begleiteten, sahen die BürgerInnen in den alten EU-Ländern mit gemischten Gefühlen. Auf der einen Seite herrschte Freude über die europäische Einigung, auf der anderen Bedenken über zusätzliche wirtschaftliche Belastungen und Ängste vor grenzüberschreitender Kriminalität.

Was wissen die BürgerInnen von ihren neuen Nachbarn? Die Europäische Union begleitete den Erweiterungsprozess mit PRINCE, einem Informationsprogramm für die BürgerInnen Europas. Sie sollten informiert, ihr Zugehörigkeitsgefühl zu einer erweiterten Union gestärkt werden. »Flüsse verbinden europäische Regionen. Die EU-Erweiterung als Chance« war der Titel des

Projektes, mit dem die Grüne Bildungswerkstatt Österreich, die Stichting Duurzame Solidariteit aus den Niederlanden sowie die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre Landesstiftungen an diesem Programm teilnahmen. Diese Beilage dokumentiert einige Ergebnisse des Projektes.

Die jüngste Runde der EU-Erweiterung ist vollzogen, neue Herausforderungen kündigen sich an. Ein Beitritt der Türkei wird sowohl das Land selbst wie die EU tiefgreifend verändern. Wie steht es mit der Ukraine und der Region des südlichen Kaukasus? Und welche Rolle kann Europa bei der Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens spielen? Diesen Fragen wollen wir mit dieser Beilage nachgehen. Sie bietet einen Blick über die Grenzen des heutigen EU-Europas hinaus. ■

**6. AUSSENPOLITISCHE JAHRESTAGUNG 2005**  
der Heinrich-Böll-Stiftung  
**DIE NEUE EU UND IHRE NACHBARN**

Donnerstag/Freitag, 2. – 3. Juni 2005

Ort: Berlin-Brandenburgische Akademie Gendarmenmarkt, Berlin

Nach der Ost- und Süderweiterung 2004 stößt Europa geografisch und kulturell an neue Grenzen. Außerhalb der Grenzen der EU wird die Erweiterung eine Umgestaltung der politischen und wirt-

schaftlichen Beziehungen zu anderen Teilen der Welt zur Folge haben. Die gegenseitige politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen der EU und ihren Nachbarn ist bereits Realität. Auch wenn weitere Staaten der EU beitreten werden, so wird doch heute deutlich, dass das Instrument des EU-Beitritts an seine Grenzen stößt. Andere abgestufte Formen der Integration und Kooperation müssen die Erweiterung ergänzen.

Die beiden Schwerpunkte unserer Veranstaltung, die Kooperation in den Berei-

chen Sicherheit und nachhaltiges Wirtschaften, sollen in regionalen Workshops vertieft werden. Dabei sollen drei Teilregionen, in denen die Heinrich-Böll-Stiftung Projekte durchführt und mit Partnerorganisationen arbeitet, besonders in Augenschein genommen werden: die Ukraine, die drei Staaten des südlichen Kaukasus und die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas, die schon innerhalb des Barcelona-Abkommens mit der EU zusammenarbeiten. ■

Informationen: aussenpolitik@boell.de

zu öffnen, wurde nach dieser Methode getroffen: Man verhandelt, schiebt den Beitritt möglichst lange hinaus, und dann sieht man weiter. De facto geht es dabei aber um fundamentale Fragen für das Selbstverständnis, die politische Rolle und die künftigen Grenzen der EU. Sie werden in den nächsten Jahren beantwortet werden müssen, wenn das europäische Schiff nicht ins Schlingern geraten soll.

**Herausforderung Türkei**

Es gibt gute Gründe für einen Beitritt der Türkei. Der europäische Stabilitätsraum würde damit weit nach Südosten ausgedehnt. Die Perspektive des Beitritts wirkt als Katalysator für demokratische Reformen im Land, und gegenüber der islamischen Welt kann daraus ein Modell für die Vereinbarkeit von Islam und Moderne entstehen. Die Entscheidung für die Türkei ist im Kern eine geostrategische Entscheidung. Die EU versteht sich nicht mehr als selbstgenügsame Insel des Wohlstands und der Stabilität. Sie schickt sich an, eine eigenständige Rolle als Globalplayer zu spielen und aktive Nachbarschaftspolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten zu betreiben. In diesem Zusammenhang bekommt die Türkei eine strategische Bedeutung, auch als Scharnier zum Kaukasus und Zentralasien.

Man sollte sich nicht über die Tragweite dieser Entscheidung hinwegtäuschen. Die Türkei ist ökonomisch, demographisch und politisch ein anderer Brocken als die bisherigen Neumitglieder. Ihre vom Kemalismus geprägte politische Kultur, ihr noch nicht postmodern erkalteter Nationalismus, ihr Umgang mit Minderheiten (wie den KurdInnen) und der eigenen Geschichte (wie dem Genozid an den ArmenierInnen) stehen einer Integration noch im Weg. Die EU begibt sich damit auf eine Reise ins Ungewisse, noch bevor sie die letzte Erweiterungsrunde bewältigt hat. Das gilt umso mehr, als ein Beitritt der Türkei flankiert sein wird von einer Reihe weiterer Staaten: Bulgarien und Rumänien sind bereits für 2007 gebucht, als nächstes steht Kroatien vor der Tür, die anderen Balkan-Staaten werden folgen. Und mit welchem Recht will man einer reformierten Ukraine auf Dauer die Mitgliedschaft verweigern, einem Land, das geografisch, historisch und kulturell sehr viel eindeutiger zu Europa gehört als die Türkei? Das aus Brüssel kolportierte Motto »Die Türkei und Schluss« ist weder redlich noch realistisch. Folgt man der Logik, dass die Erweiterung >>

>>der EU das zuverlässigste Mittel zur Befriedung der europäischen Peripherie ist, wird die Gemeinschaft in absehbarer Zeit auf 33 oder 35 Mitglieder wachsen.

Das wird nicht einfach ein quantitatives Wachstum sein, sondern eine qualitative Veränderung. Erweiterung und Integration, die beiden bisherigen Entwicklungssachsen der EU, treten zunehmend in Konflikt miteinander. Die vertiefte Integration, also das Zusammenwachsen der europäischen Staaten und Völker zu einer politischen Union, wird durch permanente Expansion gefährdet. Es spricht vieles dafür, dass eine EU vom Atlantik bis zum Kaukasus eher einem Staatenbund als einem Bundesstaat gleicht. Denn eine Union, die Vorrang vor den Nationalstaaten haben soll, braucht ein Mindestmaß von Zusammengehörigkeitsgefühl, von gegenseitiger Kenntnis, gegenseitigem Vertrauen und wechselseitiger Solidarität der europäischen Völker. Sie braucht eine europäische Öffentlichkeit, die eine gemeinsame politische Sprache spricht. Davon sind wir auch innerhalb der jetzigen EU noch weit entfernt.

Wir stehen an der Schwelle weitreichender Entscheidungen über den Charakter, die innere Verfassung und die weltpolitische Rolle der Union. Nicht zuletzt geht es darum, die Europäische Einigung wieder stärker zu einem Anliegen der europäischen BürgerInnen zu machen. Eine europäische Zivilgesellschaft, eine europäische Öffentlichkeit, eine europäische Demokratie und ein europäisches »Wirkgefühl« müssen sich erst noch herausbilden. Dabei kommt es entscheidend auf grenzüberschreitende Kontakte »von unten« an, auf die europäische Kooperation von Städten und Regionen, Schulen und Hochschulen, KulturproduzentInnen und politischen AkteurInnen. Dazu wollen wir nach Kräften beitragen. ■



Ralf Fücks  
ist Vorstand der  
Heinrich-Böll-Stiftung

# Künftiges EU-Mitglied Ukraine?

Eine grundsätzliche europäische Perspektive für die Region tut Not – auch wenn es für Beitrittsverhandlungen noch zu früh ist

VON KLAUS SEGBERS

**S**pännende Ereignisse wie die gesellschaftlichen Bewegungen in Kiew, in der Ost- und Westukraine beflügeln neben der medialen oft auch die politische Phantasie. Eigentlich mittel- und längerfristige Vorgänge wie die politische, wirtschaftliche und soziale Modernisierung scheinen dann wie im Zeitraffer beschleunigt werden zu können. Das ist jedoch oft – und so auch derzeit in der Ukraine – nicht der Fall.

Zunächst sollte kein Zweifel daran bestehen, dass sich die ukrainische Gesellschaft in einem vernünftig definierten Europa befindet. Was also sind mögliche Einwände gegen eine europäische Institutionalisierung des Landes? Historische Prägungen wie die Zeitpunkte von Aufklärung, Individualisierung und Gewaltenteilung mögen noch eine gewisse Rolle spielen, in Zeiten der Postmoderne und der Globalisierung sind sie aber nicht mehr entscheidend. Historische Pfadabhängigkeiten sind teilweise noch spürbar, aber oft nicht mehr ausschlaggebend. Es gibt also für die Ukraine keine prinzipiellen Hürden, europäischen Institutionen wie den Regelsystemen der EU beizutreten – sobald die Aufnahmekriterien erfüllt und Verhandlungen abgeschlossen sind. Dasselbe gilt natürlich für die Türkei, Belarus und Moldova.

Ein prinzipieller Vorbehalt, ein grundsätzliches »Nein« würden unbeabsichtigte negative Wirkungen auslösen. Bleibt die Tür grundsätzlich verschlossen, werden Reformen entmutigt und

Reformdruck weggenommen. Stattdessen müssen die Kopenhagener Kriterien angelegt werden – wo Marktregulierung, Partizipation und Menschenrechte gelten, muss ein Beitritt möglich sein. Von kultureller Homogenität ist dort nicht die Rede. Die Ausstrahlung, die Wirkung des *acquis communautaire* wird übrigens schon früher spürbar. Das zeigt die Erfolgsgeschichte der früheren Beitrittsrunden.

## EU-Perspektive für Ukraine

Zu bedenken ist, ob eine institutionelle Überforderung der EU zu erwarten sein könnte. Das ist ein ernsthafter Punkt. Hier bleibt zunächst abzuwarten, ob die neue Verfassung der EU die Ratifikationsprozeduren übersteht und wie sie in der Praxis greift. Funktioniert sie, wird sie auch weitere Beitritte in begrenztem Umfang über die nächsten 15 Jahre aushalten.

In der Summe heißt dies: Schon vor den ukrainischen Demonstrationen wäre es vernünftig gewesen, der Ukraine eine grundsätzliche EU-Perspektive in Aussicht zu stellen. Und schon vorher wäre es unvernünftig gewesen, den Beitritt bald einzuleiten. Genau aus diesem Grund wurde eine »neue Nachbarschaftspolitik« eingeleitet – aber noch nicht mit Leben gefüllt. Und an dieser Stelle ist nun ein dringlicher Handlungsbedarf entstanden.

Der Ukraine muss eine klare und eindeutige europäische Perspektive angeboten werden, die später in einer Mitgliedschaft münden kann. Als Voraussetzung dafür muss sich das Land in der Perspektive den Kopenhagener Kriterien deutlich annähern. Es sind also Schritte sei-

tens der Ukraine selbst gefordert, die herausfinden und zeigen muss, dass sie als ganze Gesellschaft den überwiegenden Wunsch entwickelt, eine Annäherung an die EU anzustreben. Dies kann der Ukraine niemand abnehmen. Die entsprechende und erforderliche Position der EU soll darin bestehen, diese Perspektive zu eröffnen.

Ein sinnvoller Termin für eine Zwischenbilanz bietet sich 2007 an. Dann ist mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens, eventuell auch Kroatiens zu rechnen. Die Verhandlungen mit der Türkei sind 2007 im dritten Jahr. Dann könnte auf einer Regierungskonferenz geprüft werden, wie sich die bis dahin hoffentlich geltende neue europäische Verfassung bewährt, wie die anstehenden Erweiterungen laufen und wie sich die innere Lage in der Ukraine entwickelt hat.

Bis dahin muss zweierlei vermieden werden: ein aktualistischer Übereifer, der die Ukraine nun plötzlich beitragsfähig redet oder sie für eine Kandidaten-Alternative zur Türkei hält und – nach dem absehbaren Wegsacken des medialen Interesses – das erneute Erlahmen jeder Aufmerksamkeit für diese große und wichtige Nachbarland. Die entscheidenden Weichen müssen in der Ukraine selbst gestellt werden. Aber die Ignoranz Resteuropas darf sich nicht wieder in den Vordergrund schieben. Was übrigens auch für Belarus und Moldova gilt. ■

Klaus Segbers ist Professor am Otto-Suhr- und am Osteuropa-Institut der FU Berlin und gehört dem Europa-Fachbeirat der Heinrich-Böll-Stiftung an.

## WAS KANN DIE EU TUN, UM DIE ZIVILGESELLSCHAFT IN DER UKRAINE ZU STÄRKEN?

VON IRYNA SOLOMONENKO

Obwohl von brutalen Übergriffen der staatlichen Autoritäten gekennzeichnet, haben die Präsidentschaftswahlen gezeigt, dass sich in der Ukraine eine dynamische Zivilgesellschaft entwickelt. Aufgabe der Ukraine und der Europäischen Union ist es jetzt, diese Bewegung aufrechtzuerhalten und die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern. In symbolischer Hinsicht ist eine klare Ermutigung der ukrainischen Hoffnungen auf eine Teilhabe an Europa notwendig. Ein guter Start war die Entscheidung des Europarates vom 13. Januar, die Hohen Repräsentanten und die Kommission einzuladen, nach Wegen zur Stärkung der Zusammenarbeit mit der Ukraine zu suchen. Äußerungen, die die Möglichkeit einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine ausschließen, wären zum jetzigen Zeitpunkt gefährlich.

In praktischer Hinsicht sollte die EU zivilgesellschaftliche Organisationen finanziell und technisch verstärkt unterstützen, bevor im Jahr 2007 die neue Budgetlinie der EU und das Programm für Europäische Nachbarschaft und Partnerschaft eingeführt werden. Die derzeitigen Verfahren im EU-Programm TACIS sind zu langsam und bürokratisch. Die beiden nächsten Jahre werden ausschlaggebend sein, deshalb muss die EU schnellere Reaktionsmöglichkeiten entwickeln, um der ukrainischen Zivilgesellschaft in dieser wichtigen Periode zu helfen.

Die ukrainische Regierung sollte von der EU ermutigt werden, VertreterInnen der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess einzubeziehen. Dies würde die Legitimität der neuen Regierung befördern, deren Bevölkerung im Verlauf der brutalen Wahlkampagne gespalten worden ist.

Da die Parlaments- und Regionalwahlen im nächsten Jahr auf der Grundlage von Parteienlisten stattfinden, sind Kooperationen mit den politischen Parteien wichtig. Zudem werden mit dem voraussichtlichen In-Kraft-Treten der neuen ukrainischen Verfassung im September viele Entscheidungsbefugnisse des Präsidenten an das Parlament fallen, womit sich die Zuständigkeiten der Parteien erweitern. Für ihre Entwicklung wird daher gezielte Hilfe benötigt, etwa in Form von Schulungen und Unterstützung in der Entwicklung von Parteiprogrammen und internen Strukturen. Die EU sollte sich bei der Entwicklung des Visa-Verkehrs mit der Ukraine öffnen. So lange es nicht möglich ist, das Land von der Schengen-Liste zu streichen, sollte es Möglichkeiten für einfachere Visa-Prozeduren auf der Grundlage von Schengen geben. Dies ist vor allem notwendig, um die zwischenmenschlichen Kontakte zwischen den Grenzregionen der Ukraine und ihren westlichen Nachbarn zu verbessern. ■

Iryna Solonenko ist Direktorin des Europa-Programmes der International Renaissance Foundation in Kiew.

SASCHA MUELLER-KRAENNER

## Das Öl im Osten

Deutsche Politiker und Wirtschaftsführer erblicken im Osten das Land, in dem Milch und Honig fließen. Doch wer genau hinsieht, nimmt eine große Ölpfütze und den Geruch von Gas wahr. Russland und der kaspische Raum sollen die Energieversorgung Europas unabhängiger von den Produzenten des Nahen Ostens machen. Europäische Firmen bewerben sich, in Konkurrenz mit US-Unternehmen, um Investitionen in Milliardenhöhe. Die Politik soll für gute Beziehungen und Stabilität sorgen.

Mit Russland hat die Europäische Union deshalb eine strategische Energiepartnerschaft abgeschlossen. Deutsche, französische und britische Firmen investieren mit Unterstützung europäischer Entwicklungsbanken massiv in die Öl- und Gasförderung. Dabei geraten auch bisher unberührte Naturräume unter Druck. Ölbohrungen der Firma Lukoil bedro-

hen die Sandstrände der Kurischen Nehrung vor Kaliningrad. Vor der ostsibirischen Insel Sachalin wachsen Bohrtürme aus dem Nordpazifik. Tankerunglücke bedrohen die Meeresfauna und damit die Lebensgrundlage der einheimischen Fischer. Das Pipelinesystem nach China und Japan zerschneidet die bis heute unberührten Wälder der Taiga.

Die Ölpipeline von der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku bis zum türkischen Ceyhan wurde vom obersten Gericht Georgiens gestoppt, weil sie einen Nationalpark bedroht. Das Gericht in Tiflis bemängelte außerdem die fehlende BürgerInnenbeteiligung. Wer über den Energiereichtum und seine Verwendung entscheidet, ist in vielen Ländern auch eine Demokratiefrage. Die Diktatur in Aserbaidschan wird durch die Öl-Oligarchen stabilisiert. Die demokratische Opposition kämpft

darum, dass die Öl-Einnahmen durch das Parlament kontrolliert werden können. Lokale Nichtregierungsorganisationen fordern, an der Trassenplanung beteiligt zu werden.

Durch die Ukraine und den südlichen Kaukasus fließen das russische und kaspische Öl und Gas nach Europa. Wer dort das Sagen hat, interessiert deswegen nicht nur die DemonstrantInnen auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew, sondern auch den russischen Präsidenten. Die Europäische Union allerdings sollte ihre Energiepolitik nicht nur am Ziel der Versorgungssicherheit orientieren, sondern auf mehr regionale Kooperation bei der Nutzung und dem Transport von Öl und Gas dringen. Der Bau und Verlauf neuer Pipelines sollten gemeinschaftlich festgelegt und nicht zum Objekt geostategischen Ränkespiels gemacht werden.

Neben der Absicht, den Zugang zu Energieressourcen zu sichern, hat sich die Europäische Union ein anspruchsvolles Klimaschutzziel gesetzt. Dieses gerät in Gefahr, wenn die strategische Energiepartnerschaft mit den östlichen Nachbarn ausschließlich auf Öl und Gas beruht. Sonne, Wind und Biomasse hätten auch in Russland und der Ukraine ein hohes Potenzial. Die Energieressourcen im Wilden Osten liegen nicht alle unter der Erde.

Auch am EU-Emissionshandlungssystem könnten sich die neuen Nachbarn der EU beteiligen. Schließlich hat Russlands Unterschrift das Kioto-Abkommen erst in Kraft gesetzt. Auch an der Umsetzung sollten sich Russland, die Ukraine und andere nun beteiligen. ■

Sascha Müller-Kraenner leitet die Referatsgruppe Europa/Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung.

## Nach der Erweiterung ist vor der Erweiterung: Zur Rolle der EU-Nachbarschaftspolitik im südlichen Kaukasus

VON WALTER KAUFMANN

### Politische Zerrissenheit

Mit der 2007 anstehenden Erweiterung der Europäischen Union um Rumänien und Bulgarien sowie durch einen evtl. Beitritt der Türkei werden Georgien, Armenien und Aserbaidschan direkte Nachbarn der EU. Diese hat darauf mit der Aufnahme der drei Länder in die »Europäische Nachbarschaftspolitik« und mit der Ernennung eines Sonderbeauftragten für den Südkaukasus reagiert.

Damit rückt eine faszinierende Region an die EU heran, deren Gesellschaften sich selbst als ureuropäisch betrachten und über viele kulturelle und historische Bindungen an Europa verfügen. Zugleich bildet die Region südlich des Kaukasus eine kulturelle und geostrategische Brücke zwischen Europa und dem Kaspischen Raum sowie dem Mittleren Osten. Insbesondere Aserbaidschan kann dabei als säkularem Staat mit islamischer Bevölkerung, der sich nach Europa orientiert, aber über vielfältige Verbindungen nach Zentralasien verfügt, eine besondere Mittlerfunktion zukommen.

Im Bewusstsein seiner BewohnerInnen und seiner politischen Eliten bildet der Südkaukasus allerdings keine Region. So sehr die massiven Probleme miteinander zusammenhängen und aufeinander einwirken – von den Auswirkungen des Tschetschenienkriegs im Norden über die ungelösten ethnopolitischen Konflikte im Süden, die Probleme mit Drogen-, Waffen- und Menschenhandel bis zur Bedrohung des einzigartigen Ökosystems Kaukasus – regionale Perspektiven und Zusammenarbeit scheitern bislang fast immer an der politischen Zerrissenheit zwischen den drei Staaten und den drei nicht anerkannten de-facto-Staaten, die sich nach den Kriegen in der ersten Hälfte der 90er Jahre aus der südkaukasischen Erbmasse der Sowjetunion gebildet haben. So bestehen zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie der von Armenien unterstützten de-facto-Republik Berg-Karabach in Aserbaidschan ebenso wie zwischen Georgien und den nach dem Bürgerkrieg abgespaltenen Republiken

Abchasien und Südossetien immer noch lediglich Waffenstillstände.

Zudem ist die Region Schauplatz eines geopolitischen Konkurrenzkampfes zwischen Russland und den USA, mit Nebenrollen für die EU, die Türkei und den Iran. Russland verfolgt zur Wahrung seines Einflusses bislang eine klassische Hinterhof-Politik: Ausnutzen der ethnopolitischen Konflikte, Festhalten an Militärbasen gegen den Widerstand der georgischen Regierung, Geheimdienstaktivitäten. Die USA investieren politisch und wirtschaftlich in den Südkaukasus v.a. wegen seiner Bedeutung als Transportkorridor für Öl und Gas aus dem Kaspischen Meer und seiner Nähe zu den Krisenregionen des Mittleren Ostens.

### Positives Image der EU

Die EU verfügt über gute Ausgangsbedingungen für eine Nachbarschaftspolitik in der Region: Sie hat ein positives Image und wird – anders als die USA und Russland – nicht als Spieler mit vorwiegend eigennützigen Interessen angesehen. Alle Regierungen der Region haben



Region voller Konflikte: Abchasische Flüchtlinge in Georgien, Foto: dpa

die Annäherung an die EU zur Priorität ihrer Politik erklärt und können und müssen in Bezug auf Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit beim Wort genommen werden. Vor allem aber ist die EU der wichtigste Orientierungspunkt für die zivilgesellschaftlichen Eliten in ihrem Bemühen, gesellschaftliche Tabus aufzubrechen, nationalistischer Mythenbildung entgegenzuwirken und neue, modernere Formen von Staatlichkeit aufzubauen.

Friedenspolitisch sollte es vorrangige Aufgabe der EU sein, der konfliktfördernden geopolitischen Konkurrenz in der Region entgegenzuwirken und für ein Sicherheitssystem unter Einschluss aller in der Region relevanten Akteure zu wer-

ben. Sie sollte selbst eine aktive Rolle dabei übernehmen, innerhalb eines solchen Systems tragfähige internationale Garantien zur Absicherung von Friedensabkommen und zum Schutz nationaler Minderheiten bereitzustellen. Gelingt es der EU, in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft langfristig die europäische Orientierung des südlichen Kaukasus zu sichern, wird sich dadurch auch das Verhältnis zu Russland und zu den Ländern des Mittleren Ostens positiv wandeln können. ■

Walter Kaufmann ist Leiter des Südkaukasus-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Tbilisi.

## Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten Welche Rolle spielt Europa?

VON MURIEL ASSEBURG

Nach den terroristischen Angriffen vom 11. September 2001 identifizierte die US-Administration die autoritären Regime in der muslimischen und arabischen Welt als Hauptursache für Extremismus und Terrorismus in und aus der Region. Der Regimewechsel sollte deshalb zum Leitziel amerikanischer Politik sowie mehrerer transatlantischer Initiativen werden. Die Europäer kritisierten den amerikanischen Ansatz zunächst heftig und verwiesen darauf, dass sie selbst mit dem Barcelona-Prozess bzw. der Euro-Mediterranean Partnerschaft (EMP) schon seit langem einen partnerschaftlichen und auf Dauer angelegten Ansatz der Kooperation zumindest mit einem Teil der Region verfolgten, der besser geeignet sei, durch Unterstützung eines graduellen wirtschaftlichen und politischen Wandels »weichen« Sicherheitsrisiken zu begegnen.

Allerdings kann die europäische Politik bislang hinsichtlich einer Demokratisierung der südlichen Partnerländer der EMP nur bescheidene Erfolge vorweisen. Europäische Politik könnte hier wesentlich wirkungsvoller sein, wäre sie weniger widersprüchlich. Diese Widersprüche betreffen insbesondere drei Bereiche: die Partnerschaft mit Regierungen, die nur

wenig Interesse an Demokratisierung haben, die Elitenzentrierung bei der Förderung der Zivilgesellschaft und die Ausgrenzung moderater islamistischer Kräfte.

### Statische versus dynamische Stabilität

Obwohl die EU davon ausgeht, dass politische Reformen und die Ausweitung von politischer Teilhabe notwendig sind, um langfristige Stabilität zu erhalten, ist es den Regierungen in der Region – vor allem vor dem Hintergrund europäischer Furcht vor einer demokratischen Machtübernahme durch die Islamisten – gelungen, die europäische Seite davon zu überzeugen, dass die säkularen, westlich orientierten Regime als verlässliche Partner und Garantien sowohl der inneren als auch der regionalen Stabilität zu bevorzugen sind und daher eine schnelle Ausweitung der Partizipation zu vermeiden ist. Der Ansatz der EU, der auf einer Partnerschaft mit den Regierungen basiert, hat daher keine umfassenden politischen Reformen befördert, sondern lediglich eine begrenzte Liberalisierung hervorgebracht.

Die europäische Zurückhaltung, Menschenrechtsverletzungen, die Einschränkung von politischen Freiheiten und Reformstau auf höchster Ebene deutlich zu kritisieren und zu sanktionieren, hat das Mittel des politischen Dialogs entwertet und

die Regime in ihrer Haltung bestärkt. Sie hat auch dazu beigetragen, dass Reformforderungen aus den Gesellschaften der Partnerländer sich nicht durchsetzen können und sich gesellschaftliche Kräfte in der Regel nicht auf europäischen Druck verlassen können, der die Regierungen dazu zwingen würde, den Spielraum für gesellschaftliche Aktivitäten und Interessenvertretungen auszuweiten.

Die europäischen Programme zur Förderung der Zivilgesellschaft konnten bislang nicht zu einer Massenmobilisierung beitragen. Dies liegt in erster Linie darin begründet, dass die Europäer ganz überwiegend mit denjenigen VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, die die intellektuelle, säkulare, oft im Westen ausgebildete Elite stellen und sich sicher auf dem internationalen Parkett bewegen, in ihren eigenen Gesellschaften aber nur wenig verwurzelt sind. Damit mangelt es ihnen an der Basis, um effektive politische Bewegungen zu bilden, die Reformen wirkungsvoll einfordern, Interessen der Bevölkerung bündeln und in den politischen Willensbildungsprozess einbringen könnten.

Auch der gesellschaftliche Austausch zwischen Europa und dem Nahen Osten ist bislang zu elitenzentriert angelegt, so dass er keine Breitenwirkung entfalten kann. Dabei wäre seine Ausweitung – vor allem in Zeiten, in denen immer

mehr Menschen davon überzeugt sind, dass es zu einem Zusammenprall der Kulturen kommt – von besonderer Wichtigkeit.

### Umgang mit dem politischen Islam

Es ist höchste Zeit, dass wir EuropäerInnen unseren Umgang mit dem politischen Islam überdenken, ein differenzierteres Bild der verschiedenen Kräfte und Bewegungen entwickeln und diese in den politischen Dialog und Austausch einbeziehen. Dabei wird es auch darum gehen, zu sondieren, welche Kräfte sowohl im säkularen als auch im islamistischen Lager existieren, die demokratische und rechtsstaatliche Reformen des Systems anstreben und sich klar zu einem Gewaltverzicht bekennen. Hier haben sich etwa in Algerien interessante, wenn auch bislang temporäre Pro-Reform-Koalitionen herausgebildet, die Unterstützung verdienen. Gegenüber den Regierungen in der Region sollte deutlich gemacht werden, dass eine Politik der Einbindung solcher Kräfte – wie etwa in Jordanien, Marokko und der Türkei – Anerkennung findet, nicht aber eine Politik der Repression. ■

Muriel Asseburg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.



PROJEKTPARTNER  
FLÜSSE VERBINDEN

**ÖSTERREICH**  
**GRÜNE BILDUNGSWERKSTATT**  
Bundesbüro: Neubaugasse 8, A-1070 Wien  
Tel.: 0043-1-526 91 11  
Fax: 0043-1-99526 91 15  
E-Mail: buero@gbw.at  
Internet: www.gbw.at

**NIEDERLANDE**  
**STICHTING DUURZAME SOLIDARITEIT**  
Oudegracht 312, Postbus 8008, NL-3503 RA  
Utrecht  
Tel.: 00 31-302 39 99 30  
E-Mail: adeboer@groenlinks.nl

**HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG**  
Bundesstiftung, Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin  
Tel.: 030-285 34 0, Fax: 030-285 34 109  
E-Mail: info@boell.de  
Internet: www.boell.de

**BADEN-WÜRTTEMBERG**  
Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart  
Tel.: 0711-26 33 94 10  
Fax: 0711-26 33 94 19  
E-Mail: info@boell-ba-wue.de  
Internet: www.boell-ba-wue.de

**BAYERN** Petra-Kelly-Stiftung  
Bildungswerk für Demokratie und Ökologie  
Reichenbachstr. 3a, 80469 München  
Tel.: 089-24 22 67 30  
Fax: 089-24 22 67 47  
E-Mail: gtiedemann@petra-kelly-stiftung.de  
Internet: www.petra-kelly-stiftung.de

**BRANDENBURG**  
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg  
Charlottenstr. 30, 14467 Potsdam  
Tel.: 0331-280 07 86, Fax: 0331-29 20 92  
E-Mail: info@boell-brandenburg.de  
Internet: www.boell-brandenburg.de

**HESSEN** Hessische Gesellschaft  
für Demokratie und Ökologie  
Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a.M.  
Tel.: 069-23 10 90, Fax: 069-23 94 78  
E-Mail: info@hgdoe.de  
Internet: www.hgdoe.de

**MECKLENBURG-VORPOMMERN**  
Bildungswerk in der Heinrich-Böll-Stiftung  
Mühlenstraße 9, 18055 Rostock  
Tel.: 0381-492 21 84, Fax: 0381-492 21 56  
E-Mail: boell.mv@flif.de  
Internet: www.boell-mv.de

**NIEDERSACHSEN**  
Stiftung Leben + Umwelt  
Schuhstr. 4, 30159 Hannover  
Tel.: 0511-30 18 57 11/12  
Fax: 0511-30 18 57 14  
E-Mail: info@slu.de, Internet: www.slu.de

**NORDRHEIN-WESTFALEN**  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Huckarder Str. 1, 44147 Dortmund  
Tel.: 0231-91 44 04 0  
Fax: 0231-91 44 04 44  
E-Mail: info@boell-nrw.de  
Internet: www.boell-nrw.de

**RHEINLAND-PFALZ**  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Martinsstr. 2, 55116 Mainz  
Tel.: 06131-90 52 60 Fax: 06131-90 52 69  
Hauptstraße 21, 67280 Ebertsheim  
Tel.: 06359-96 18 00 Fax: 06359-96 14 27  
E-Mail: mainz@boell-rhp.de  
Internet: www.boell-rhp.de

**SACHSEN** Bildungswerk Weiterdenken  
Schützengasse 16-18, 01067 Dresden  
Tel.: 0351-49 43 311, Fax: 0351-49 43 411  
E-Mail: info@weiterdenken.de  
Internet: www.weiterdenken.de

**SACHSEN-ANHALT**  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Neumarktstr. 9, 06108 Halle  
Tel.: 0345-2023927 Fax: 0345-2023928  
E-Mail: hbs.sachsen-anhalt@t-online.de  
Internet: www.hbs-sachsen-anhalt.de

**SCHLESWIG-HOLSTEIN**  
Bildungswerk „anders lernen“  
Jungfernstieg 15, 24103 Kiel  
Tel.: 0431-906 61 30 Fax: 0431-906 61 34  
E-Mail: boell.s-h@t-online.de  
Internet: www.boell-sh.de

**THÜRINGEN**  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Trommsdorffer Str. 5, 99084 Erfurt  
Tel.: 0361-555 32 57, Fax: 0361-555 32 53  
E-Mail: info@boell-thueringen.de  
www.boell-thueringen.de

## IMPRESSUM

Herausgeber: Heinrich-Böll-Stiftung  
Rosenthaler Str. 41, 10178 Berlin  
Tel.: 030-28 534-0  
Fax: 030-28 534-109  
E-Mail: info@boell.de  
Internet: www.boell.de  
Fotos Titelseite: dpa, Archiv hbs  
V.J.S.d.P.: Albert Eckert  
Redaktion: Karin Nungeber

MAINZER VERKEHRSWENDEKONGRESS  
VON WOLFGANG FALLER

»Zukunft für Mobilität zwischen Stadt und Region«, lautete das Motto des zweiten Verkehrswendekongresses, der im April dieses Jahres in Mainz stattfand. Veranstalter von der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz, dem Verkehrsforum Rheinland-Pfalz, dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) und mit Unterstützung des Bistums Mainz und der Europäischen Union wurde den über 100 TeilnehmerInnen unter der Schirmherrschaft von Umweltministerin Margit Conrad eine breite Palette an Themen vorgestellt.

Grenzüberschreitungen spielten dabei in mehrfacher Hinsicht eine Rolle. So informierte Karl-Heinz BoBan (Frankfurter Institut für umweltorientierte Logistik) die ZuhörerInnen über den vorbildlich umweltfreundlichen ÖPNV in Frankfurt/Oder: Dort werden die Erdgasbusse und Straßenbahnen bald im normalen Alltagsbetrieb die Grenze nach Polen (Slubice) überfahren. Der Karlsruher Referent Oliver Glaser berichtete über die dortige Stadtbahn, die europaweit als vorbildlich gilt. Er lobte die gute Entwicklung im Karlsruher Verkehrsverbund und skizzierte die Grenzüberschreitung nach Würth/Rheinland-Pfalz, die sich im Vergleich zum Beispiel Frankfurt/Oder ausgesprochen schwierig gestaltete.

»Gerade vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung ist der Blick und die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg wichtig und wir können davon nur profitieren«, stellte Wolfgang Faller von der Heinrich-Böll-Stiftung fest. Als Beispiel nannte er die Einführung der Londoner City-Maut: »Dieses Projekt zieht inzwischen Kommunalpolitiker aus ganz

Europa an; gegen alle Prophezeiungen ist die Maut ein großer Erfolg.« Prof. Dr. Monheim motivierte das Publikum, offensiver an eine Verkehrswende heranzugehen: Mobilität und Autobesitz dürften nicht gleichgesetzt werden. Dem Automobil werde viel zu viel Gutes nachgesagt und die massiven Nachteile viel zu wenig wahrgenommen, während es mit dem ÖPNV genau umgekehrt sei: »Er wird als Kostenfaktor gesehen, obwohl in ihm handfeste wirtschaftliche Vorteile stecken und viel mehr machbar ist, als bisher getan wurde.« Das nötige Umdenken bei den politischen Entscheidungsträgern habe immer noch nicht begonnen, so Prof. Dr. Monheim.

Etwas positiver äußerte sich dagegen der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Mehlhorn von der FH Mainz. Seiner Ansicht nach hat die Wirtschaft die Zeichen der Zeit bereits erkannt und der öffentliche Verkehr gewinnt als Wirtschaftsfaktor zunehmend an Bedeutung.

Ein deutliches Fazit zog Jupp Trauth vom Verkehrsforum: »Eine Zukunft ohne öffentliche Verkehrsmittel, wie sie manches pessimistische Szenario darstellt, darf und muss nicht sein, wenn das Angebot und das Unternehmenskonzept stimmen.« Mit Verweis auf das Karlsruher Modell kritisierte er die Zuständigen vor Ort: »Warum das hier in Mainz und Rheinhessen mit der Rheinhessttram bislang noch nicht funktioniert, kann nur mit Unkenntnis oder Ignoranz der Politik erklärt werden.«

Wolfgang Faller ist Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz.

INTERNATIONALE DONAU-KONFERENZ  
VON DANIELA GRAF

Die Donau zählt mit ihren weiten naturbelassenen Passagen im Osten zu den großartigsten Naturräumen Europas. Als prioritäre Achse im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) gerät sie jedoch zunehmend in den Fokus der Nutzbarmachung durch die Schifffahrt. Zwar stellt der Fluss als »natürliche Straße« mit geringerer CO<sub>2</sub>-Belastung bei gleicher Tonnage eine umweltfreundliche Alternative dar. Doch was, wenn durch die erforderlichen Ausbaumaßnahmen unersetzliche Naturjuwelen geopfert werden? Welche Verkehrsleistung kann die Donauschifffahrt wirklich bringen? Gibt es Möglichkeiten einer Koexistenz von Naturschutz und Schifffahrt?

Auf diese Fragen versuchte eine internationale Konferenz im Juni 2004 in Wien Antworten zu geben. Mit dem Bund Naturschutz (Deutschland), der Association of Danube Settlement (Ungarn), Zelena Akcija (Kroatien), dem Ecological Movement of Novi Sad (Serbien), dem Eco Counselling Center Galati (Rumänien), CEIE (Bulgarien) sowie BLICK (Ukraine) und dem WWF Österreich waren acht Donauanrainerstaaten mit namhaften NGOs vertreten. Die ReferentInnen berichteten über Naturschutz und Schifffahrt in ihren Staaten sowie über Nutzungskonflikte. So ist z.B. in Belene, Bulgarien in einem höchst schützenswerten Areal ein Atomkraftwerk geplant. Besonders brisant ist die Situation in der Ukraine, wo im Donaudelta die Ausbaggerung von Schifffahrtskanälen geplant und leider auch schon zum Teil realisiert ist.

Der zweite Teil der Tagung machte deutlich, dass eine echte Verlagerung vom LKW-Transit auf die Schifffahrtswege kaum möglich ist:

Aufgrund der Langsamkeit der Schifffahrtswege, ihrer wasserstandsbedingten Unberechenbarkeit und der fehlenden Umladeterminale zählt sich der Umstieg auf Schiff nur für wenige Güter ökonomisch aus. Die anlässlich des Hochwassers im Sommer 2002 beobachtete Verlagerung des Güterverkehrs von der Donau auf die Schiene lässt vermuten, dass es sich eher um eine Konkurrenz zwischen zwei umweltfreundlichen Alternativen handelt. Eine Entlastung der Straßentransitrouden durch eine Verstärkung der Donauschifffahrt ist deshalb kaum zu erwarten.

Die Tagung endete mit einer von allen NGOs unterstützten Resolution für die Bewahrung der Donau vor allzu zerstörerischen Forderungen der Schifffahrt. Dazu zählen eine übertriebene Ausbaggerung der Fahrinne ebenso wie die Aufschüttung von unnötigen Dämmen. Die Resolution bekannnte sich zu gemeinsamen Anstrengungen, die Feuchtlandsräume entlang der Donau zu schützen und für ökologisch verträgliche Hochwasserschutzmaßnahmen einzutreten. Die unterstützenden Organisationen bezogen sich auf NATURA 2000 und die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und werden ihre Forderungen sowohl an ihre nationalen Regierungen als auch an das EU-Parlament und die EU-Kommission richten. ■

Daniela Graf ist geschäftsführende Obfrau der Grünen Bildungswerkstatt Österreich.

Der Kongress »Die Donau als Lebensader Europas. Konflikte zwischen Naturschutz und Schifffahrt« fand in Kooperation mit dem WWF Österreich am 3. und 4.6.2004 in Wien statt.

## PUBLIKATIONEN

## »FLÜSSE VERBINDEN EUROPÄISCHE REGIONEN – DIE EU-ERWEITERUNG ALS CHANCE«

## Zukunft für Mobilität zwischen Stadt und Region

Dokumentation des Verkehrswendekongresses 2004: Zukunftsszenarien 2030 für Mobilität und Verkehr – Das Karlsruher Modell – Kosten und Finanzierung des ÖPNV – Was kann die Verkehrswende erreichen? Mainz, 3. April 2004, Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

## www.fluesse-verbinden.net

Infos in Deutsch, Niederländisch und Englisch zu den Folgen der EU-Erweiterung für Umweltschutz, Verbraucherschutz und Kultur vor mehr als 30 Veranstaltungen, die 2004 im Rahmen des von der EU geförderten Projektes »Flüsse verbinden europäische Regionen: Die EU-Erweiterung als Chance« stattfanden.

## Wohin verkehrt Europa?

unter: <http://www.hbs-hessen.de/europa.html>  
Online-Dokumentation der Tagung »Wohin verkehrt Europa? Mobilität und Lebensstile in städtischen Regionen. Die Ballungsräume Poznan (Wielkopolska) – Prag – Frankfurt/Rhein-Main« Frankfurt am Main, 17.-18. Juni 2004, Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

## Die EU-Erweiterung gestalten!

Das komplette Informationsangebot ist kostenlos erhältlich auf CD-ROM. U.a.: Transport und Mobilität: Alles im Fluss? – Verkehrspolitik in einem erweiterten Europa. – Perspektiven einer ökologischen Flusspolitik. – Mobilität in städtischen Regionen. – Nach der Flut ist vor der Flut. – Landwirtschaft und Tourismus

## Stadt – Grenze – Fluss.

Doppelstädte an den neuen EU-Binnengrenzen  
Publikation zur gleichnamigen Tagung Slubice/Frankfurt (Oder), 29.-30.04.2004, Heinrich-Böll-Stiftung

## Bestelladresse:

Heinrich-Böll-Stiftung,  
Michael Stognienko,  
Rosenthaler Straße 40/41,  
D-10178 Berlin,  
Fax: 0049-30-285 34-241,  
E-Mail: stognienko@boell.de

## BESTELLCOUPON

per Post oder Fax: 030-28 534-109

BITTE SENDEN SIE MIR KOSTENLOS ZU

CD-ROM »Die EU-Erweiterung gestalten!«

Beilage »Flüsse verbinden europäische Regionen«

Den monatlichen Email-Newsletter

Den Veranstaltungskalender Berlin-Brandenburg

Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung

Name, Vorname

Institution/Organisation

Anschrift  dienstlich  privat

Email

Datum, Unterschrift



Eine Publikation des Projektes »Flüsse verbinden europäische Regionen. Die EU-Erweiterung als Chance«

Ein Projekt der Grünen Bildungswerkstatt Österreich, der Stichting Duurzame Solidariteit aus den Niederlanden sowie der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen in Deutschland.

Gefördert mit Mitteln der Europäischen Kommission aus ihrem Programm »Erweiterung: Das neue Gesicht der EU. Partnerschaften mit der Bürgergesellschaft fördern«.